

Zeitschrift: Bündner Monatsblatt : Zeitschrift für Bündner Geschichte, Landeskunde und Baukultur
Herausgeber: Verein für Bündner Kulturforschung
Band: - (1988)
Heft: 2

Artikel: Chronik
Autor: [s.n.]
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-398458>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 02.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

JANUAR

Januar

Auch das junge, neue Jahr brachte Graubünden und seiner Wintersportindustrie nicht den erhofften Schneefall, so dass sich nicht nur die Verhältnisse auf den Skipisten unterhalb 2000 Metern immer prekärer gestalteten, auch die Buchhaltungen der Bergbahnunternehmungen und zahlreicher Hotels – mit Ausnahme der grossen – gaben zur Sorge Anlass. Zahlreiche Arbeitnehmer, die bisher bei den Bergbahnunternehmungen einen willkommenen und oftmals als Bergbauern einen dringend notwendigen Nebenerwerb fanden, konnten in diesem Winter nicht beschäftigt und folgedessen auch nicht entlohnt werden. Der Schweizerische Verband der Seilbahnunternehmen forderte deshalb entschieden den Ausbau der Arbeitslosenversicherung zugunsten dieser nicht fest angestellten Mitarbeiter.

In der Gemeinde Waltensburg verunreinigte ein umgestürztes Fass Dieselöl am Neujahrstag die kommunale Wasserversorgung, weshalb die rund 600 Einwohner und Touristen der Oberländer Gemeinde ihr Trinkwasser in der Dorfsennerei mit Eimern abholen mussten. Die Gemeinde fasste das Trinkwasser oberhalb der verschmutzten Stelle und leitete es kurzerhand durch die Milchleitung in die Sennerei. Über den genauen Hergang der Wasserverschmutzung konnten die Behörden vorerst keine näheren Angaben machen.

Wie anfangs Januar bekannt wurde, sind bis zum 22. Dezember 1987 fristgerecht über 80 Einsprachen in den Gemeinden Susch, Lavin und Klosters zum Auflageprojekt der RhB über den Vereinatunnel ergangen.

Die Gemeindeversammlung von Donath wählte Hansjürg Hassler zu ihrem neuen Gemeindepräsidenten. Hassler tritt die Nachfolge von Nicca Cantieni-Clopath an, welcher der Gemeinde während 20 Jahren vorstand.

Das kantonale Finanz- und Militärdepartement liess noch im vergangenen Jahr einen Entwurf für ein Gesetz zum Schutze der Zivilbevölkerung in ausserordentlichen Lagen erarbeiten. Der Gesetzesentwurf befindet sich derzeit in der Vernehmlassung. Das Gesetz sei nötig geworden, so Regierungsrat Reto Mengiardi, weil die gesetzlichen Grundlagen über Massnahmen, die in Krisenzeiten, bei Katastrophen, grossen Schadenereignissen und im Kriegsfall zu treffen seien, fehlen. Vor allem soll das neue Gesetz aber die Organisation des Zivilschutzes wesentlich verändern. Das bisherige System hat sich laut Regierungsrat Mengiardi nicht bewährt.

Das neue Eherecht, seit dem 1. Januar 1988 in Kraft, beschäftigte auch in Graubünden die einzelnen Zivilstandsämter mit beachtlichem Mehraufwand. Zahlreiche Bündnerinnen machten bereits in den ersten Januarwochen vom neuen Recht Gebrauch, das verheirateten

Frauen die Möglichkeit gibt, nicht nur ihren angestammten Familiennamen wieder zu führen, sondern auch das alte Bürgerrecht wiederzuerlangen. Wie aus den Mitteilungen der Zivilstandsämter hervorging, war es vor allem das Bürgerrecht, das die verheirateten Frauen zuerst interessierte. Dass die Frauen auch im oft konservativ und rückständig geheissenen Kanton Graubünden selbstbewusst und selbständig von diesem Recht Gebrauch machen, lässt optimistische Prognosen in bezug auf die Gleichberechtigung zu.

«Endlich Schnee», so titelte die «Bündner Zeitung» am 8. Januar ihre Frontseite. Anhaltende Schneefälle hatten im ganzen Kantonsgebiet Neuschneemengen bis zu 50 Zentimetern gebracht. Allerdings kam der weisse Segen vor allem für die kleineren Fremdenverkehrsorte zu spät. Die erlittenen Einbussen über die Festtage und im Dezember allgemein waren an diesen Orten nicht mehr korrigierbar.

Trotz des Umbaus der Villa Planta und des angrenzenden früheren Naturhistorischen Museums will das Bündner Kunstmuseum auch im Jahre 1988 Kunst zeigen, und zwar auf vielerlei Art. Vom Spätsommer 1988 an bis zur Neueröffnung des Museums im Jahr 1989 wird es dagegen keine Ausstellungen mehr geben. Bis zum März dieses Jahres ist – auf eingeschränktem Ausstellungsraum – die Schau «Analoge Architektur» zu sehen, eine poetische Revision der modernen und postmodernen Architektur, die Einblick in das architektonische Schaffen junger Schweizer Architekten gewährt. Unter dem Titel «Aspekte aktueller Bündner Kunst», sind alsdann Werke der Künstler Reto Cavigelli, Gioni Signorell, Arno Hassler und Georg Tannò zu sehen. Weitergeführt werden soll auch das Projekt «Art mobil», das in verschiedenen Bündner Gemeinden – es werden Andeer, Mesocco, Poschivo, Klosters, Zuoz und Ilanz sein – Ausstellungen von Werken aus der Sammlung des Kunstmuseums ermöglicht.

Politischer Wirbel um die Besetzung des Gemeindevorstandes war Mitte Januar in der Gemeinde Mesocco zu verzeichnen. Der Sozialdemokrat Alfredo Seghezzi, der mit der höchsten Stimmenzahl in die Exekutive gewählt wurde, darf sein Amt nicht antreten, weil er Angestellter des kantonalen Tiefbauamtes ist. So lautete das unmissverständliche Dekret der Bündner Regierung. Wütend war man in Mesocco vor allem deshalb, weil die beiden Gemeindevorstände Luigi Navone (fdp.) und Gilbert Rime (cvp.) ebenfalls beim kantonalen Tiefbauamt angestellt sind. Regierungsrat Donath Cadruvi stellte indes klar, dass es im Gemeindevorstand von Mesocco keine Mehrheit von kantonalen Beamten geben dürfe, Seghezzi sei im übrigen schon einmal im Gemeindevorstand gewesen, weshalb er jetzt verzichten müsse. Die SP Sektion Mesocco sprach dagegen von politischen Manövern.

JANUAR

Am 8. Januar publizierte das «Bündner Tagblatt» in einem Gespräch mit Regierungspräsident Dr. Donath Cadruvi dessen Rücktrittsabsichten auf Ende des Jahres 1988. Diese Meldung löste im ganzen Kanton trotz bereits vernommener Gerüchte um einen vorzeitigen Rücktritt Cadruvis Überraschung und Erstaunen aus. Es waren vor allem persönliche Gründe, die Cadruvi zu diesem Schritt verleiteten. Er sei nun 66 Jahre alt, seit 30 Jahren in der Politik und wolle nun diese politische Arbeit abschliessen, um sich vermehrt seiner Familie und seinen ganz persönlichen Interessen widmen zu können. Cadruvi galt weit über seine Partei, die CVP hinaus, als sehr beliebter, dynamischer und fähiger Regierungsrat. Er hatte als Baudirektor stets ein offenes Ohr für die Anliegen insbesondere der verkehrstechnisch schlecht erschlossenen Randregionen, er vertrat seine Ideen souverän und gradlinig, was ihm denn auch folgerichtig da und dort Gegnerschaften einbrachte. Cadruvis Rücktritt wurde von der Presse aber auch als geschickter, parteipolitischer Schachzug bewertet. Eine einzelne Ersatzwahl in den Regierungsrat – sie wird am 12. Juni dieses Jahres stattfinden –, wird die CVP Graubünden leichter bewältigen können, als eine ordentliche Wahl, wie die Erfahrungen der Regierungswahlen 1986 vermuten lassen. Damals gelang es der CVP nur knapp, ihren zweiten Sitz in der Regierung mit Joachim Caluori gegen den starken SP-Kandidaten Martin Bundi zu verteidigen. Bereits wurden auch die in Frage kommenden Nachfolger Cadruvis öffentlich genannt. Nationalrat Dr. Dumeni Columberg, Disentis, Ständerat Dr. Luregn M. Cavetty, Schluen, Bernard Cathomas, Chur, Theo Maissen, Ilanz und Aluis Maissen, Chur, das waren die erstgenannten Papabili, weitere werden gewiss folgen. Die Sozialdemokraten und die Demokratisch-Sozialen wollen sich, wie sich ihre Präsidenten gegenüber der Presse äusserten, eine Kandidatur ebenfalls überlegen. Es wäre aus der Sicht des Stimmbürgers zu wünschen, wenn sich Kandidaten aus verschiedenen Parteien dieser Ersatzwahl stellen würden, denn schliesslich ist die parteipolitische Zusammensetzung der Bündner Regierung kein gesetztes Recht, sondern muss dem Belieben des Wählers überlassen werden.

Bereits zum 24. mal lud am 9. Januar der Verein zur Förderung der Ländlermusik zum allseits beliebten und traditionellen Ländlerkapellentreffen ins Hotel Marsöl in Chur ein. Die Ländlermusik, so konnten sich Kenner überzeugen, ist dabei, ihr Randdasein innerhalb des modernen Unterhaltungsangebotes aufzugeben, um gestärkt wieder wie in früheren Jahren breite Bevölkerungsschichten zu erfassen. Davon zeugten vor allem die grosse Zahl junger Musikantinnen und Musikanten, die aus der ganzen Schweiz nach Chur gereist kamen, um ihr musikalisches Talent vor einem grossen Publikum unter Beweis zu stellen.

Das praktisch vor dem Konkurs stehende Kur- und Kneippotel Passugg AG soll künftig die Hotel- und

Touristikfachschule Chur beherbergen. Diese Lösung zeichnete sich im Rahmen eines Sanierungskonzeptes ab, das die AG auf Weisung der Hauptgläubiger, einem Banken-Konsortium, ausarbeiten liess. Trotz der teilweisen Vermietung der Räumlichkeiten an die Hotel- und Touristikfachschule soll das Kurhotel Passugg auch weiterhin als Hotel im traditionellen Stil weiterbetrieben werden.

Wie die Bündner Regierung in ihrer Botschaft zuhanden des Parlaments schrieb, soll das Schloss Haldenstein künftig nicht die Verwaltung des Rhätischen Museums beherbergen, sondern die Büroräumlichkeiten des Archäologischen Dienstes. Diese Änderung des Nutzungskonzeptes für Schloss Haldenstein soll dem Kanton rund 250 000 Franken ersparen.

Das Bündner Kantonsgericht verurteilte einen 29jährigen Jugoslawen wegen vollendetem Versuch einer vorsätzlichen Tötung zu vier Jahren Zuchthaus. Der Jugoslawe hatte im Juni vergangenen Jahres in Schiers einen Landsmann und Verwandten im Streit mit sieben Schüssen niedergestreckt. Dank einer Notoperation konnte das Leben des Opfers im Kantonsspital Chur gerettet werden. Der Staatsanwalt hatte für viereinhalb Jahre Zuchthaus plädiert.

Am 13. Januar gab der Bundesrat sein Konzept für die Begehung der 700-Jahr-Feier der Schweizerischen Eidgenossenschaft im Jahre 1991 bekannt. Statt der geplanten Landesausstellung in den Urkantonen sollen in der Westschweiz, in der Innerschweiz und in Graubünden unter dem Leitmotiv «Begegnungen» drei Festveranstaltungen organisiert und durchgeführt werden. Das «Fest der Eidgenossenschaft» wird die Innerschweiz beherbergen, das «Fest der vier Kulturen» die Romandie und das «Fest der internationalen Solidarität» wird in Graubünden, vorab im romanischen Sprachgebiet, stattfinden. 1998 soll dann im Kanton Tessin eine Landesausstellung stattfinden. Vor einem Jahr noch hätte man es sich in Graubünden nicht träumen lassen, dass dieser Kanton als Gastgeber an der 700-Jahr-Feier der Schweiz auftreten darf. Dass Graubünden diese Rolle nun zugebracht bekam und sie im Zeichen der internationalen Solidarität tragen darf, ist eine freudige Überraschung. Andererseits ist Graubünden historisch betrachtet geradezu prädestiniert, innerhalb des Kreises der Schweizer Kantone gerade diese Gastgeberrolle zu übernehmen. Man darf gespannt sein, was die Bündner Behörden und insbesondere das Bündnervolk aus dieser hohen Ehrerbietung machen werden. Ausser der Absichtserklärung des Bundesrates wurde bis dato nichts bekannt über einen möglichen Inhalt dieser Grossveranstaltung.

Trotz bundesrechtlichen Planungsaufgaben verfügen gemäss einem Pressebericht, der Mitte Januar erschien,

JANUAR

zahlreiche Bündner Gemeinden immer noch über zu grosse Bauzonen. Wie man vom kantonalen Raumplanungsamt in diesem Zusammenhang erfuhr, soll dieser bundesrechtswidrige Zustand indessen nicht durch die rigorose Massnahme einer Rückzonung beseitigt werden. Vielmehr will der Kanton darauf drängen, dass die betroffenen Gemeinden eine Politik der kleinen Planungsschritte verfolgen.

Im Münstertal sprachen sich die Delegierten der Provedimaint electric Val Müstair dafür aus, trotz negativem Volksentscheid am ursprünglichen Projekt für den Bau des Kraftwerkes Chasseras festzuhalten. Ein erneutes Kreditgesuch an die betroffenen Gemeinden könnte jedoch frühestens in einem Jahr eingereicht werden. Die Kraftwerksgegner zeigten sich begreiflicherweise empört über dieses undemokratische Vorgehen der Delegierten.

Durch das katastrophale Unwetter im Sommer 1987 erlitt der Puschlaver Tourismus mit einem 37prozentigen Logiernächteverlust einen harten Rückschlag. Neben diesen Einbussen gingen dem Verkehrsverein Poschivio die gesamten Büroeinrichtungen sowie alles Werbematerial durch die Unwetter verloren. Der Schaden für dieses dringend benötigte Infrastrukturmaterial beziffert sich auf 80 000 Franken.

Die SP Graubünden strebt zusammen mit der Oberwalliser Gruppe für Verkehr und Umwelt sowie dem Kritischen Forum Uri die Lancierung einer eidgenössischen Volksinitiative gegen den Transitverkehr an. Dem Verkehrsaufkommen im Berggebiet und damit einer Verschlechterung der Lebensqualität in diesen Regionen soll damit entgegengewirkt werden. Die wichtigsten Forderungen der Initianten sind folgende: 28 Tonnen Normalgewicht für Lastwagen, keine zweite Gotthard-Autobahn, Verzicht auf den Ausbau der Strassen am San Bernardino und zwischen Siders und Visp sowie die Förderung für den öffentlichen Verkehr.

Der Präsident des Internationalen Olympischen Komitees, Juan Antonio Samaranch, startete am 15. Januar dem Kanton Graubünden einen Blitzbesuch ab. Im Rahmen einer offiziellen Besuchsreihe in jeden Schweizer Kanton wurde der Spanier von den Regierungsräten Cadruvi, Caluori und Brändli sowie vom Churer Stadtpräsidenten Andrea Melchior und von den Vertretern der grössten Bündner Sportverbände begrüsst.

Das Kantonsgericht Graubünden verurteilte in einem aufsehenerregenden Strafprozess einen Arzt eines mittelbündnerischen Kurortes zu zwei Monaten Gefängnis bedingt und sprach ihn der fahrlässigen Tötung, begangen im Rahmen einer Behandlung einer 68jährigen Frau, für schuldig. Der Arzt hatte seine Sorgfaltspflicht verletzt, als er der Patientin ein blutverdünnendes Rheuma-

mittel verabreicht hatte, ohne den empfohlenen Labortest in bezug auf allfällige Nebenwirkungen des Medikaments vorzunehmen. Der Verurteilte hat im weiteren mit zivilrechtlicher Schadenersatz- und Genugtuungsklage der Rechtsnachfolger der Verstorbenen zu rechnen.

Die jüngste Bündner Partei, die Demokratisch-Soziale Partei Graubünden, gründete am 16. Januar in Chur im Beisein von zirka 50 Personen eine Churer Parteiensektion. Präsident der neuen Sektion wurde Grossrat Pius Guntern. Die Gründungsversammlung beschloss, die DSP-Grossräte Pius Guntern, Stefan Hosang und Schimun Vonmoos für die Nomination als Kandidaten für die Stadtratswahlen im kommenden Frühjahr vorzuschlagen.

In Savognin trafen sich Mitte Januar auf Einladung der Nandro-Bergbahnen 250 Drillinge und Vierlinge, ja sogar Fünflinge waren zu sehen. Die Savogniner wussten mit diesem publizitätsträchtigen Anlass geschickt Werbung für ihre neue Vierersesselbahn zu machen. Der in dieser Beziehung gelungene Anlass tröstete ein wenig über die prekären Schneesverhältnisse, die in unteren Lagen auch im Januar noch herrschten, sowie über die schwachen Logiernächtezahlen im Januar hinweg.

Nach einer umfassenden Fahndungsaktion gelang es der Bündner Kantonspolizei, eine berüchtigte Einbrecherbande im Raume Thusis und Chur zu stellen und ihre sechs Mitglieder, allesamt jugoslawische Staatsangehörige, zu verhaften. Die Bandenmitglieder werden angeklagt, seit geraumer Zeit im Rheintal, vom Bodensee-raum bis nach Graubünden, Einbruchdiebstähle begangen zu haben. Ein Teil der Diebesbeute, darunter Schmuck im Wert von 60 000 Franken, konnte im Rahmen von Hausdurchsuchungen sichergestellt werden.

Die beiden Bündner Gemeinden St. Moritz und Disentis nehmen als Modellgemeinden an einer breitangelegten Erprobung von Fernmeldetechnik der Zukunft teil. Der Trägerverein des sogenannten Kommunikations-Modellgemeinden-Versuchs will am Beispiel von 12 Schweizer Gemeinden modernste Kommunikationstechniken erproben, vom Einkaufen per Chip-Karte über das Bildtelefon bis hin zum elektronischen Gemeindealarmsystem.

Die wirtschaftliche Situation in Mittelbünden, vorab in der Region Domleschg und Heinzenberg, hat sich gemäss umfangreichen Recherchen der Mittelbündner Zeitung «Pöschli» in den letzten Jahren drastisch verschlechtert, und nun droht der Region mit der Stilllegung der Kehrlichtverbrennungsanlage in Unterrealta ein weiterer Arbeitsplatzverlust. Angefangen hat der wirtschaftliche Niedergang der Region mit der Schliessung der Feller-Zweig-niederlassung in Thusis, wo einst über 100 Leute Arbeit gefunden haben. Die sukzessive Schliessung der

JANUAR

Bündner Woldeckenfabrik in Sils ist gemäss Zeitungsbericht der traurige Höhepunkt dieser Entwicklung. Insgesamt sind trotz Schaffung neuer Arbeitsplätze innerhalb eines Jahres 100 Arbeitsstellen in der Region verlorengegangen.

Für neuen politischen Aufruhr im Münstertal sorgte am 21. Januar eine Schulratssitzung der regionalen Oberstufenschule der Gemeinden Sta. Maria, Valchava, Lü, Fuldera und Tschier. Mit fünf gegen eine Stimme wurden zwei bisherige Sekundarlehrer nicht wiedergewählt. Gegenüber der Presse erklärten die beiden betroffenen Lehrer, es handle sich bei ihrer Nichtwiederwahl um einen politischen Akt, wofür ihr Engagement gegen das umstrittene Kraftwerk «Chasseras» ausschlaggebend gewesen sei. Der Schulratspräsident bestritt diesen Vorwurf dagegen vehement. Der spektakulären Abwahl im Münstertal folgten seitenweise Stellungnahmen, Angriffe und Korrekturen in der Bündner Tagespresse, auch der kantonale Lehrerverein und die Bündner Sekundarlehrer schalteten sich ein, wehrten sich mit gutem Recht für die politische Meinungsfreiheit, die einem Lehrer wie jedem anderen Schweizer zustehen muss.

Das renommierte St. Moritzer Fünf-Sterne-Haus «Carlton» wechselte seinen Eigentümer. Die Tschuggen AG in Arosa, die bereits die Arosener Hotels «Tschuggen» und «Valsana» ihr eigen nennt, erwarb das «Carlton» und vergrösserte damit seinen Liegenschaftsbesitz beachtlich. Hauptaktionär und Verwaltungsratspräsident der Tschuggen AG ist der schwerreiche deutsche Industrielle, Karl Heinz Kipp, der im vergangenen Jahr definitiv in Arosa Wohnsitz nahm, nachdem er seine deutsche Handelskette (26 Billig-Verbraucherläden) verkauft hatte und allein dafür dem deutschen Fiskus 300 Millionen Mark Steuern ablieferte.

In Entscheidung einer staatsrechtlichen und einer verwaltungsgerichtlichen Beschwerde der Talplanungsgruppe Heinzenberg/Domleschg sowie der Gemeinden Rodels und Pratval gegen den Bau eines Rastplatzes bei Rodels an der N 13 erachtete das Bundesgericht die Lärmbelästigung für die Gemeinden als durchaus zumutbar. Nach Bundesgericht besteht für den Bau des Rastplatzes ein Bedürfnis, weshalb ein solcher ja auch in die Richtplanung aufgenommen worden war. Damit kann nun der umstrittene Autobahnrastplatz im Domleschg nicht mehr verhindert werden.

Am 23. Januar beschlossen die Delegierten des Bündner Kantonalen Patentjägerverbandes detailliert zum Entwurf für ein neues Bündner Jagdgesetz Stellung zu nehmen und damit den eigenen Gesetzesentwurf ausser Konkurrenz zu demjenigen des zuständigen Departements zu stellen. Nach einigen jagdpolitischen Turbulenzen rund um das neue Gesetz scheinen die Bündner Jäger

vernünftig und einsichtig geworden zu sein, zeigten sie sich doch bereit, gemeinsam mit allen betroffenen Instanzen ein neues Jagdgesetz auszuarbeiten und auf ein Extrazüglein zu verzichten.

Bald soll Graubünden ein professionelles Kammerorchester haben, das vermehrt die Kammermusik in dezentrale Ortschaften in den Bündner Tälern hinaustragen und zudem Bündner Berufsmusikern erstmals ein Tätigkeitsfeld im Kanton eröffnen soll. Die Initianten für diese kühne kulturelle Vision, Reto Bernetta und Leonhardt Steiner, informierten anlässlich einer Presseorientierung über ihre konkreten Pläne zur Gründung dieses Bündner Kammerorchesters. Es bleibt zu hoffen, dass sich das ehrgeizige Projekt verwirklichen lässt, nicht zuletzt könnte dadurch der notgedrungenen Abwanderung Bündner Berufsmusiker Einhalt geboten werden.

Wie Ende Januar bekannt wurde, vertritt man im eidgenössischen Reaktorforschungsinstitut in Würenlingen die Meinung, Solarkraftwerke in den Alpen könnten einen Beitrag an die Energieversorgung in der Schweiz leisten. Am Beispiel der Gemeinde Disentis, wo das Institut seit zwei Jahren solarkraftwerkspezifische Meteodaten erhebt, konnte nachgewiesen werden, dass sich eine wirtschaftlich lohnenswerte Sonnenenergieproduktion in Zukunft anbiete. Sowohl bezüglich Sonnenscheindauer und Intensität der Sonnenbestrahlung hat man in Disentis wider Erwarten hohe Werte erzielt.

Der neue Direktor des Stadttheaters Chur, Georg Albrecht Eckle, zog nach der Hälfte der laufenden Theatersaison eine Bilanz der gemischten Gefühle für das Churer Theaterhaus. Sein gegenwärtiges Konzept, viele Gastspiele, ein paar Lesungen und Eigenproduktionen und der Verzicht auf ein eigenes Ensemble habe sich teilweise sehr gut bewährt, teilweise aber auch enttäuschend versagt. Er müsse das Churer Publikum und seine kulturellen Wünsche noch besser kennenlernen, und vor allem sollte endlich eine Koordination zwischen Spielplan und anderen Veranstaltungen in Graubünden herbeigeführt werden, dies sei Sache des Bündner Verkehrsvereins, meinte Eckle in einem Gespräch in der «Bündner Zeitung».

Im Puschlav bahnte sich im Januar ein Streit zwischen den Gemeinden Brusio und Poschiavo um die Verteilung der Spendegelder an. Die unter dem Stichwort «Puschlav» namentlich von der Glückskette gesammelten Gelder reklamiert die Gemeinde Poschiavo grösstenteils für sich, man war nicht bereit mit Brusio zu teilen. In Brusio stehen für eine ungedeckte Schadenssumme von acht Millionen Franken lediglich 100 000 Franken zur Verfügung, so dass die Gemeinde verständlicherweise einen Spendenanteil bei der Gemeinde Poschiavo einfordert.

FEBRUAR

Am 28. Januar wurde in Davos das traditionelle und von Jahr zu Jahr beliebter und prominenter werdende Weltwirtschaftsforum oder Management-Syposium eröffnet. Mehr als tausend Teilnehmer aus sechzig Ländern trafen sich in Davos, wobei es weniger um die Erörterung und Erarbeitung konkreter Lösungsvorschläge für die wirtschaftlichen Probleme unserer Zeit ging, denn um das Knüpfen oder Vertiefen von persönlichen Beziehungen prominenter und pseudoprominenter Leute. So oder so bildete Davos für die Dauer des Symposiums ein beliebter und gefeierter Mittelpunkt, was eine tägliche internationale Medienpräsenz unterstrich.

Februar

Die politisch grüne Bewegung «Grünbünden», die sich im vergangenen Herbst noch erfolglos an den Nationalratswahlen beteiligt hatte, möchte beweisen, dass sie auch in der kantonalen Politik die Seite des Umweltschutzes verteidigen will. Der Verein beschloss anlässlich einer Versammlung in Chur, eine kantonale Volksinitiative zu lancieren, welche das Verbot von Schneekanonen mit wenigen Ausnahmen im ganzen Kanton Graubünden bezweckt und das Raumplanungsgesetz entsprechend abändern will. Die «Grünbündner» stehen mit diesem Begehren gar nicht etwa im politischen Abseits, im Gegenteil, zu einer Zeit, da sich die Bündner Regierung noch nicht zu einem klaren Konzept für die Bewilligung von Schneeanlagen hat durchringen können, ist die Versicherung in der Bevölkerung gross genug, um die ohnehin umstrittenen Anlagen schlichtweg zu verbieten.

Am Rande des Weltwirtschaftsgipfels in Davos trafen sich die Regierungschefs der verfeindeten Länder Griechenland und Türkei, Andreas Papandreu und Turgut Oezal zu ausgedehnten Gesprächen, von denen beide Seiten erhofften, dass sie der Beginn einer Entspannung innerhalb der Beziehungen der östlichen Mittelmeerländer bringen werden. Dieses «Versöhnungstreffen», im Davoser Rathaus medienwirksam unter anderem von Bundesrat Pascal Delamuraz inszeniert, wurde zum eigentlichen politischen Höhepunkt des diesjährigen Davoser Gipfels erklärt.

Die Gemeinde Sevgein wählte anlässlich einer Gemeindeversammlung Reto Bertogg zum neuen Gemeindepräsidenten. Nachdem an der ordentlichen Wahlversammlung im Dezember vergangenen Jahres kein Nachfolger für den aus beruflichen Gründen die Gemeinde verlassenden Amtsinhaber Martin Aschwanden gefunden worden war, musste die Gemeindeversammlung erneut zusammentreten, wobei auch der neugewählte Präsident sich erst noch Bedenkfrist für die Amtsübernahme einräumen liess. Wenige Tage nach der Wahlversammlung erklärte der frischgewählte Reto Bertogg, dass er das Gemeindepräsidentenamt nicht übernehmen könne, die zeitliche

Belastung sei ihm zu gross. Das Beispiel von Sevgein zeigt einmal mehr, wie schwer es Bündner Kleingemeinden haben, ihre Ämter, die wohlverstanden ohne ausreichende Entschädigung im Nebenamt geführt werden müssen und sehr arbeitsintensiv sind, zu besetzen.

Die unter dem Vorsitz von Luregn Mathias Cavelti tagende Ständeratskommission für eine Neuregelung gewisser bundesgerichtlicher Verfahren beschloss anfangs Februar, die Rätoromanische Sprache im Schriftenwechsel vor Bundesgericht zuzulassen. Damit wird die vierte Landessprache in der Bundesrechtspflege faktisch den drei Amtssprachen gleichgesetzt. Eine verheissungsvolle weitere Aufwertung des Rätoromanischen wurde damit ins Auge gefasst.

Der Zürcher Kunstförderer Henry F. Levy gab anfangs Februar seine Pläne für die Einrichtung eines Künstler- und Kulturzentrums im alten Bäderhaus des Hotels «Kurhaus Tarasp» in Scuol bekannt. Das seit Jahrzehnten nicht mehr benutzte Bäderhaus des prächtigen, klassizistischen Hotelbaus «Kurhaus Tarasp» soll nach den nötigen, von Levy veranlassten Umbauarbeiten auf einer Fläche von 1500 Quadratmetern acht Künstlerateliers, drei Arbeitszimmer, sieben Schlafzimmer und einen gemeinsamen Aufenthaltsraum beherbergen. Hinzu kommen zwei Galerien als Ausstellungsräume. Levys Projekt im Unterengadin bezweckt die private Kunst- und Künstlerförderung an dezentralem Standort, wobei Bezug genommen werden soll auf die Region, ihre Kultur und ihre Traditionen.

Gegen das Plangenehmigungsgesuch der Rhätischen Bahn für den Bau der Vereinalinie haben drei Umweltschutzorganisationen Einsprache erhoben. Es ist dies der Schweizerische Bund für Naturschutz, die Schweizerische Gesellschaft für Umweltschutz sowie der WWF Schweiz. Die Einsprechenden machen geltend, das vorliegende Bahnprojekt sei unter Missachtung des Umweltschutzgesetzes nie einem eingehenden Variantenvergleich unterzogen worden.

Gleich drei kantonale Parteien, namentlich CVP, SP und DSP, hielten am 6. Februar ihre Parteitage ab. Die CVP-Delegierten wählten in Dietmar Blumenthal, Anwalt in Rodels, ihren neuen Kantonalpräsidenten, nachdem vorgängig der Wahl der zweite Präsidentenkandidat Stefan Capeder aus Chur seine Kandidatur zurückgezogen hatte. Politisch sehr geschickt handelten die Delegierten, als sie die neugegründete Christlich-Soziale Partei als Gruppierung innerhalb der CVP gemäss Statuten als Gruppierung innerhalb der CVP einstimmig aufnahmen. Damit strebt die CVP eindeutig Mitgliedererfolge im Wählersegment der Arbeiterschaft an. Genau dort, auf dem gemässigten linksliberalen Flügel, möchte sich aber auch die neugegründete Demokratisch-Soziale Partei mit alt

FEBRUAR

Standespräsident Stefan Hosang an der Spitze profilieren. Dies machte Hosang anlässlich der ersten Generalversammlung der Partei, die schwerpunktmässig konstitutiven Charakter hatte, im Beisein von rund 60 Parteimitgliedern deutlich. Im Rahmen einer Konsultativabstimmung wurde allerdings beschlossen, vorerst auf eine Teilnahme an den Ersatzwahlen in den Regierungsrat vom 12. Juni dieses Jahres zu verzichten. Die Gründung der DSP veranlasste die Sozialdemokratische Partei zur Abhaltung eines ausserordentlichen Parteitages, an welchem das weitere politische Wirken der nunmehr geschwächten SP rege diskutiert wurde. Prominenter Gast am Parteitag war der Präsident der Schweizerischen SP, Nationalrat Helmut Hubacher, der im Anschluss an die Versammlung zum Thema «Zukunft der Sozialpolitik» referierte. Die Sorge um die Umwelt habe der Sozialpolitik eine neue Dimension gegeben, was sich in der Politik der SP auswirken müsse, meinte Hubacher.

In der Gemeinde Klosters lehnte die Stimmbürgerschaft die kommunale Initiative gegen «Mammut- und Spekulationsbauten» mit klarer Mehrheit ab. Vor allem auch aus Praktikabilitätsgründen zeigte sich die Gemeindebehörde erleichtert über die Ablehnung der Initiative, da sich Baugesetz und Zonenplan in Klosters ohnehin schon in Revision befinden. Eine Annahme der Initiative hätte die bereits geleistete Arbeit in diesem Zusammenhang durchkreuzt.

Für einiges Kopfschütteln sorgte Mitte Februar ein sechs Jahre altes bischöfliches Dekret, das Konzerte und Darbietungen profaner Art nicht in kirchlichen Räumen dulden will. Betroffen von dieser Weisung waren ausgerechnet Sänger. Die Organisatoren des diesjährigen Bezirks-sängerfestes in Brigels wollten in Unwissenheit über dieses Dekret die Wettvorträge in der Kirche abhalten. Der Kirchenrat machte die Brigelser nun auf die bischöfliche Weisung aufmerksam, was diese zum Rückzug veranlasste, um Konflikte mit der Kirche zu vermeiden. Da fragt es sich wirklich, ob der Bischof allein zu entscheiden hat, was dem lieben Gott gefällt. Der nämlich ist immer zugegen, wo in Minne gesungen wird, glücklicherweise ist er da nicht auf kirchliche Räume angewiesen.

Die Prättigauer Gemeinden Jenaz und Fideris orientierten anlässlich einer von rund 300 Personen besuchten Versammlung über das Sanierungsprojekt des Spanplattenwerkes Fideris, das zu jenem Zeitpunkt in den Gemeinden öffentlich auflag. Der Jenazer Gemeindepräsident Luzi Bardill formulierte das Bedürfnis der Bevölkerung nach einer umweltgerechten Betreibung des Werkes unmissverständlich: «Wir wollen keinen gelben Schnee mehr und auch kein weiteres Augenbrennen.» Regierungsrat Joachim Caluori, der ebenfalls zugegen war, lobte das Sanierungsprojekt als fortschrittlich, wies aber darauf hin, dass noch nicht alle Fragen im Zusammen-

hang mit den Emissionen abgeklärt seien. Die gesetzlichen Bestimmungen, die Regelungen der Luftreinhalteverordnung des Bundes müssten aber mit aller Härte durchgezogen werden. Die Versammlung tat ein breites Unbehagen und Misstrauen der betroffenen Bevölkerung gegen die Verantwortlichen des Spanplattenwerkes kund, Regierungsrat Christoffel Brändli appellierte jedoch an die Bevölkerung, der neuen Leitung des Werkes nun das nötige Vertrauen zu schenken.

Die Spitalregion Mittelbünden soll ein neues Krankenhaus erhalten, das voraussichtlich ab Baubeginn 1990 in zwei Etappen mit einem berechneten Kostenaufwand von 27 Millionen Franken erstellt wird. Ende Februar sollte, wie der Öffentlichkeit bekannt gegeben wurde, die Bündner Regierung über ein abgeändertes Vorprojekt befinden. Dieses sieht vor, bei gleichbleibender Bettenzahl den 1957 erbauten Spitalnordtrakt in den Neubau zu integrieren, während der Südteil des Gebäudes abgerissen werden muss.

Im Oberengadin hat ein Trägerverein für ein Lokalradio «Piz Corvatsch» beim Eidgenössischen Verkehrs- und Energiewirtschaftsdepartement in Bern ein Gesuch um eine Lokalradiokonzession eingereicht. Der Sender soll sich gemäss Trägerverein in deutscher, romanischer und italienischer Sprache an Gäste und Einheimische richten und kurortsspezifische Programme gestalten. Einzugsgebiet soll die Region Oberengadin, eventuell sogar Unterengadin und Bergell sein.

Eine am 12. Februar veröffentlichte Studie über die Akzeptanz der neugeschaffenen romanischen Hochsprache «Rumantsch grischun» zeigte, dass überraschenderweise 80 Prozent der quer durch alle romanischsprechenden Bevölkerungsschichten in Graubünden Befragten dem Rumantsch grischun positiv gegenüberstehen. 76 Prozent betrachten die neue Schriftsprache als ausgewogen in bezug auf die Berücksichtigung aller fünf romanischen Idiome, 64 Prozent sehen im Rumantsch Grischun gar eine geeignete Massnahme zur Förderung und zum Schutz der bedrängten romanischen Sprache. Insgesamt zeigt die Studie des Mannheimer Professors Erwin Diekmann, dass die anfänglichen Widerstände gegen das Rumantsch Grischun überwunden sind, und dass sich mit der neuen Hochsprache erfreuliche und hoffnungsvolle Perspektiven für die künftige Sprachförderung erschliessen lassen.

Die jahrelang auf schwachen finanziellen und redaktionellen Beinen stehende zweite Bündner Tageszeitung, das «Bündner Tagblatt», scheint sich nun zu erholen. Was manche Retter vor ihm erfolglos versucht hatten, ist, wie es anlässlich einer Pressekonferenz Mitte Februar hiess, Dr. Christoph Blocher, Nationalrat und Verwaltungsratspräsident der Ems Chemie AG, gelungen. Die vor-

FEBRUAR

einem Jahr lancierte «Rettungsaktion» brachte dem «Bündner Tagblatt» eine Auflagensteigerung von 3000 Exemplaren auf 8000 Zeitungen. Gleichzeitig konnte das Betriebsdefizit von 1,1 Millionen Franken auf 600 000 Franken vermindert werden. Doch die Zielsetzungen von Verlag und Redaktion sind noch nicht erreicht. Vorerst möchte man eine Auflage von 10 000 Exemplaren erreichen, der Betriebsverlust soll im kommenden Jahr nur mehr 300 000 Franken betragen, und insgesamt will der Verlag 1988 – 1400 Inseratenseiten verkaufen.

Die Churer Fasnacht bescherte dieses Jahr der Stadt Chur einen ungewollten aber fahrlässig verursachten, handfesten Skandal. Einmal mehr wollten Fasnachtscliquen dem unsinnigen Spass frönen, anlässlich des traditionellen Fasnachtsumzuges, Altpapierschnitzel via Heugebläse unter die Zuschauermenge zu pusten. Aus vorerst ungeklärten Gründen gerieten heuer unzerkleinerte Bankbelege, Kontoauszüge und Mahnungen des Bankvereins Chur in die Hände der «Narren», so dass männiglich dem strengen Bankgeheimnis unterliegende Dokumente betreffend die finanzielle Situation von Hinz und Kunz und Compagnie genüsslich einsehen konnte. Eine wahrhaft skandalöse Bescherung, die bei den verantwortlichen Personen des Bankvereins unweigerlich Konsequenzen haben wird.

Der alte Trakt des Hotels «Seehof» in Valbella brannte in der Nacht zum 13. Februar bis auf die Grundmauern nieder. Aus bisher ungeklärten Gründen brach das Feuer kurz vor Mitternacht aus, verbreitete sich innert Minuten und fand in der Holz-Beton-Konstruktion des Gebäudes rasch Nahrung. Trotz des tapferen Einsatzes von 50 Feuerwehrleuten der gesamten Region Lenzerheide konnte das Feuer nicht gebändigt werden, so dass ein Sachschaden in Millionenhöhe entstand. Die Hotelgäste, die sofort evakuiert wurden, kamen glücklicherweise nicht körperlich zu Schaden.

In der Gemeinde Thusis verzeigten Eltern betroffener Schüler den katholischen Pfarrer bei der Bündner Staatsanwaltschaft wegen Unzucht mit Minderjährigen. Der Pfarrer scheint sich schon seit mehreren Jahren an ihm zum Unterricht zugewiesenen Knaben zu vergehen. Doch Verdächtiger ist nicht gleich Verdächtiger, in Thusis jedenfalls löste eine Pressemitteilung über die Ereignisse Streit und Bösartigkeiten aus, die Presse wurde angegriffen, man bezog für oder gegen den Pfarrer Stellung, die Kinder, unschuldige Opfer eines Verbrechens, hatten keine Stimme, blieben wie so oft stumm dem Treiben der Erwachsenen ausgeliefert. Zu vermerken ist noch, dass der Kirchenvorstand über die Vorfälle informiert war, jedoch von sich aus nichts zur Aufklärung des Verbrechens tat.

In der Gemeinde Lünen wählte die Stimmbürgerschaft den bisherigen Gemeindevorstand Gottfried Hug zum neuen

Gemeindepräsidenten. Hug tritt die Nachfolge des die Gemeinde verlassenden Jürg Schmid an.

Gemäss Informationen des Bundesamtes für Verkehr wird die neu zu erstellende Eisenbahntransversale je nach Variantenwahl zwischen 10 und 20 Milliarden Franken kosten. Die Schweiz müsste von diesen Gesamtkosten zwischen vier und 15 Milliarden Franken berappen. Die frühere Splügenbahnvariante käme dabei billiger zu stehen als die populäre Y-Variante, die mit 19,6 Milliarden Franken am teuersten wäre. Die Gotthard-Variante würde zirka 11,1 Milliarden kosten, und am billigsten wäre die Bahnführung via Lötschberg–Simplon, nämlich 9 Milliarden Franken. Diese Kostenberechnungen zeigen, dass die Chancen für die Ostalpenbahn in diesem Zusammenhang noch weiter gesunken sind. Nicht förderlich ist der Splügenbahnpolitik im weiteren das «Auftischen» ständig neuer Varianten, die alles andere als die taktisch erforderliche Einheit der Ostschweizer Kantone dokumentiert. Jüngstes Beispiel ist eine neue Bahnvariante, ins Gespräch gebracht vom St. Galler Nationalrat Walter Ammann, der sich für ein Splügen-X stark macht. Demnach soll Andeer mit Soazza und Lostallo mit Gordona im Raume Comersee verbunden werden, eine Linienführung, die zusammen mit der Gotthardlinie ein X ergäbe.

Am 18. Februar lud die Lia Rumantscha/Ligia Romantscha in Bern zu einer nationalen Pressekonferenz ein, die aus Anlass des 50-Jahr-Jubiläums der romanischen Sprache als offizielle vierte Landessprache mit Rückbesinnung, Standortbestimmung und Zukunftsprognosen aufwartete. In einer Volksabstimmung vom 20. Februar 1938 hiess die Stimmbürgerschaft mit überwältigendem Mehr Art. 116 der Bundesverfassung gut, der das Rätoromanische als vierte Landessprache anerkannte. Die Medien nahmen die Botschaft dieser schweizerischen Minderheit wohlwollend auf, Sondersendungen, Sonderbeilagen usw. riefen zur Besinnung auf und arbeiteten so wirkungsvoll an der Bewusstwerdung jedes einzelnen in bezug nicht nur auf die sprachliche Situation, sondern auf alle Probleme, mit der eine kulturelle Minderheit in der Schweiz zu kämpfen hat. Diese Bewusstwerdung ist eine der primären Voraussetzungen für den dauerhaften Schutz und die Förderung der romanischen Sprache und Kultur.

Einen unerwarteten, aber für die Zukunft des Sportortes wegweisenden Entscheid traf die Stimmbürgerschaft von Laax am 19. Februar: Mit 60 zu 0 Stimmen stimmte die Gemeindeversammlung einer Reduktion der kommunalen Bauzone um 23 Hektaren oder 40 Prozent zu. Diese Reduktion war nötig geworden, seit das neue Raumplanungsgesetz nur noch Bauzonenausscheidungen akzeptiert, deren Fläche in einem Zeitraum von längstens zwanzig Jahren auch tatsächlich überbaut wird. Die Rückzonung in Laax lässt deshalb auch auf den Willen

FEBRUAR

zu einer restriktiveren Baupolitik der Gemeinde schliessen. Im Rahmen der Planungsrevision hatte die Laaxer Stimmbürgerschaft auch über die Ausscheidung einer Beschneigungszone mit künstlichen Schneeanlagen im Umfang von 20 Hektaren zu befinden. Hier setzte sich dann jedoch das touristische Element durch, die Versammlung stimmte dem Vorhaben zu.

Salmonellen in der Mayonnaise war Ursache für eine schwere Lebensmittelvergiftung bei 30 Gästen des Aroser Hotels «Obersee». Sechs Personen litten so schwer an den Folgen der Vergiftung, dass sie hospitalisiert werden mussten. Das Hotel musste vorübergehend durch das kantonale Sanitätsdepartement geschlossen werden, nahm aber seinen Betrieb wieder auf, als die Ursache für das Malaise gefunden wurde. Zur Erleichterung der Hotelleitung gaben die sanitär-hygienischen Verhältnisse im «Obersee» keinen Grund zur Beanstandung, auf welche Weise aber die Salmonellen in die Mayonnaise gelangten, konnte vorerst nicht abgeklärt werden.

Das Gemeindeparlament von Domat/Ems verabschiedete am 22. Februar das Proporzwahlgesetz zur Bestellung des Gemeinderates, das 1986 mittels kommunaler Initiative gefordert worden war, sowie den Entwurf einer neuen Gemeindeverfassung zuhanden der Volksabstimmung. Der einzige SP-Mann im von der CVP dominierten Parlament, Vitus Locher, kämpfte auf verlorenem Posten für einen echten Proporz, dessen Realisierung der Gesetzesentwurf seiner Meinung nach mit unzulässigen, an den Majorz erinnernden Schranken verhindert. Tatsächlich befürwortete das Parlament ein Verbot von Listenverbindungen, wie auch eine Zehn-Prozent-Klausel, die besagt, dass Gruppierungen nur dann einen Anspruch auf ein Mandat haben, wenn ihre Liste zehn Prozent aller abgegebenen Listenstimmen erreicht. Der Proporzgedanke, der auch kleineren Parteien und Gruppen politische Wahlchancen einräumen will, wurde in Ems nicht in würdiger Weise verfolgt. Mitnichten sollen die Proporzbedingungen in der grossen Bündner Gemeinde denjenigen der Nationalratswahlen angeglichen werden.

Wie der Bundesrat Ende Februar bekanntgab, ist er nicht gewillt, Angestellte von Restaurants, Skilehrer, Beschäftigte bei Seilbahnunternehmen und andere Arbeitnehmer in touristischen Saisonbetrieben in schneearmen Wintern für ihren Verdienstausfall zu entschädigen. Die Teilrevision des Arbeitslosengesetzes, das der Bundesrat in die Vernehmlassung schickte, schliesst eine Entschädigung für solche Arbeitnehmer sogar ausdrücklich aus. Bitter enttäuscht über diese bundesrätliche Härte zeigte man sich verständlicherweise in Bündner Tourismuskreisen. So leicht wolle man aber nicht aufgeben, man müsse jetzt erst recht für eine solche Entschädigung kämpfen, betonte denn auch der Präsident der Bündner Seilbahnen und Skilifte, Reto Manzanell aus Arosa.

Positive Nachrichten gab es Ende Februar für einmal auf dem Umweltschutzsektor zu vermerken. Die Kehrichtverbrennungsanlage in Trimmis des Gemeindeverbandes für Abfallbeseitigung in Graubünden (Gevag) hat dank der Investitionen in moderne Reinigungssysteme die Emissionswerte unter die Toleranzgrenze der Luftreinhalteverordnung des Bundes senken können.

Am 26. Februar brach in der sich derzeit im Umbau befindlichen Villa Planta in Chur eine Feuersbrunst aus, deren Ursache ersten Ermittlungen gemäss eine Explosion von Gasflaschen war. Das Feuer, das im Erdgeschoss ausbrach und sich rasch im ersten Stockwerk weiterverbreitete, konnte glücklicherweise in kurzer Zeit durch die Feuerwehr gelöscht werden. Beschädigt wurden in erster Linie die frisch renovierten Stukkaturen der Villa Planta, keinen Schaden erlitten dagegen die Ausstellungsgegenstände des Bündner Kunstmuseums, das in der Villa Planta domiziliert ist. Die Renovationsarbeiten wurden durch den beträchtlichen Sachschaden vermutungsweise um ein halbes Jahr zurückgeworfen.

